

## **Auszug aus dem substanziellen Protokoll 117. Ratssitzung vom 2. Dezember 2020**

### **3275. 2020/511**

**Postulat von Anjushka Früh (SP) und Vera Ziswiler (SP) vom 18.11.2020:  
Überarbeitung des städtischen Personalrechts hinsichtlich der Verwendung einer  
Terminologie, die der Vielfalt der Geschlechter und Beziehungsformen vollum-  
fänglich gerecht wird**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

*Anjushka Früh (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3206/2020): In der Kommissionsberatung zur vorangegangenen Weisung zum Vaterschaftsurlaub hat sich gezeigt, dass das städtische Personalrecht eine Terminologie verwendet, die der Vielfalt der Geschlechter und Beziehungsformen nicht vollumfänglich gerecht wird. So beschränken sich die personalrechtlichen Regelungen beispielsweise auf die Begriffe «Mutter» und «Vater» und «weibliche» und «männliche» Angestellte. Mit dieser Terminologie können sich nicht alle Personen, insbesondere Transmenschen, identifizieren. Auch haben wir vorhin mit dem Änderungsantrag 3 der SP zur Urlaubsregelung für eingetragene Partnerschaften gerade gesehen, dass im Personalrecht Unterschiede zwischen Beziehungsformen gemacht werden, sei dies inhaltlich-materieller oder formeller Natur. Vor diesem Hintergrund ist es angezeigt, dass das städtische Personalrecht und die dazugehörigen Ausführungsbestimmungen unter dem Beizug und in Zusammenarbeit mit der Fachstelle für Gleichstellung und dem Transgender Network Switzerland (TGNS) umfassend überarbeitet werden, sodass konsequent eine inklusive Terminologie verwendet werden kann. Damit kann der gelebten Vielfalt auch in der Sprache Ausdruck verliehen werden und auch die personalrechtlichen Regelungen können dieser Vielfalt der Geschlechtsidentitäten und Beziehungsformen auch gerecht werden.*

*Stefan Urech (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen: Wir lehnen das Postulat ab aus dem einfachen Grund, dass wir nicht ganz sicher sind, ob die beiden Postulantinnen wissen, was sie genau fordern. Unsere Frage an euch: Wie viele Geschlechter, wenn nicht zwei, gibt es? Es gibt dazu unterschiedliche Meinungen. Facebook sagt rund 71. Auf Tinder sind es ein bisschen mehr als 50. Sie finden im Internet Seiten wie das Gender Wiki, wo es über 215 verschiedene Geschlechter gibt. Ich habe diese Frage in der Kommission der Fachstelle für Gleichstellung gestellt. Die Antwort war: Man kann es nicht genau sagen, im Moment rechnet sie mit ungefähr vier. Anjushka Früh (SP) und Vera Ziswiler (SP): Könnt Ihr uns sagen, wie viele Geschlechter es aus eurer Sicht gibt und warum Ihr alle anderen ungefähr 200*

*nicht in die Formulierungen dieses Dokuments einbeziehen wollt? Die SVP ist in dieser Hinsicht stockkonservativ und hält sich an die Biologie. Aus unserer Sicht gibt es zwei Geschlechter: Frau und Mann. Eine Botschaft noch: Das konstante Labeling von Leuten und das Unterteilen in kleine Gruppen, diesen Intersektionalismus, den Ihr hier betreibt, ist alles andere als inklusiv und integrativ. Es ist eine kontinuierliche Aufteilung der Menschen in einzelne Grüppchen und Labels. Jeder ist irgendwo ein Opfer und hat dies und das zugute und muss separat benannt werden. Wenn Ihr das inklusiv nennt, verstehen wir etwas ganz fundamental anderes unter Inklusion. Deshalb bitten wir Sie, das Postulat abzulehnen.*

Weitere Wortmeldungen:

**Dr. David Garcia Nuñez (AL):** *Stefan Urech (SVP) hat eine interessante Frage gestellt. Diese möchte ich als Fachmann auf diesem Gebiet beantworten. Die Antwort auf die Frage lautet: Es gibt keine. Geschlecht wird je nach Kontext unterschiedlich definiert. Es ist, als ob Sie die Frage stellen würden, wie viele Farben es gebe. Je nachdem, wo Sie sind, gibt es einfach rosa und blau. Wenn Sie in einem Modegeschäft sind, gibt es unendlich viele Farben. Wenn Sie mehr Informationen zu diesem Thema wollen: Es gibt genügend aufgezeichnete Vorträge von mir, deren Links ich Ihnen zustellen kann. Sprache und Bilder zeichnen gesellschaftliche Realitäten nicht nur nach. Sie prägen massgeblich unsere Wahrnehmung, unser Denken und unser Handeln. Für die Gestaltung gerechter Geschlechterverhältnisse ist es darum wichtig, wie wir sprechen, schreiben und die Realität abzubilden versuchen. Die geschlechtergerechte Verwendung von Sprache und Bildern trägt zur tatsächlichen Chancengleichheit von Frauen, Männern und allen Geschlechtern bei – in unseren Köpfen und in unserem Alltag. Die paternalistische Haltung, Menschen sprachlich mitzumeinen, aber nicht zu erwähnen, reicht im 21. Jahrhundert nicht mehr. Erst recht nicht, wenn wir über so etwas Wichtiges wie das städtische Personalrecht sprechen. Juristinnen und Juristen stützen sich in erster Linie auf das geschriebene Wort, und nicht darauf, was diese Verordnungsverfasserinnen und -verfasser irgendwann mitmeinen hätten können. Minderheiten sind Teil der Realität und haben Anspruch darauf, sichtbar zu werden und zu sein. Das gilt für alle Geschlechteridentitäten, für alle sexuellen Orientierungen und das gilt auch im politischen Alltag. Das Ständemehr als Mittel der Sichtbarmachung von Bevölkerungsminderheiten lässt an dieser Stelle grüssen. Ich könnte Fachliteratur und Resolutionen von ausländischen und inländischen politischen Institutionen zitieren, die allesamt ins selbe Horn blasen. Der Staat und dessen Institutionen sollen nicht zur Diskriminierung der eigenen Bevölkerung oder von Minderheiten beitragen. Stattdessen zitiere ich den Gleichstellungsplan dieser Stadt. Dieser Plan definiert verschiedene Handlungsfelder und Gleichstellungsziele für die nächsten Jahre. Das Ziel Nummer 9: «Die Stadt Zürich setzt sich für ein offenes, respektvolles und diskriminierungsfreies Zusammenleben unabhängig von Geschlecht, sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität ein.» Ziel 11: «Die Stadt Zürich fördert den gleichberechtigten Zugang zu Dienstleistungen, Angeboten und Infrastruktur für alle Geschlechter. Die Bemühungen zur Sichtbarkeit aller Geschlechter werden verstärkt.» Nun eine Frage an die Ratsmitglieder, die gegen dieses Postulat sind.*

*«Respektvolles und diskriminierungsfreies Zusammenleben und gleichberechtigter Zugang zu Dienstleistungen, Angeboten und Infrastruktur»: Ist das so schlimm, dass wir das hier drin immer wieder besprechen müssen? Wenn Sie sich darüber beklagen, wie faul die Stadtbeamten und Stadtbeamtinnen sind und sich absurde Ziele festlegen, warum ist das so schlimm, wenn sie dies jetzt umsetzen wollen? Ist das Vorhaben derart extrem, dass Sie sich nun gegen dieses Postulat auflehnen müssen? Sie werden mir sagen: Ja, das ist unsere Freiheit. Das stimmt. Es ist Ihre Freiheit. Sie sprechen hier ständig über Ihre Freiheit: Die Freiheit, überall parkieren zu können; die Freiheit, keine Steuern bezahlen zu müssen. Was ist das aber für ein Freiheitskonzept, das sich das Recht nimmt, andere nach Lust und Laune strukturell zur Unsichtbarkeit zu zwingen. Das ist kein Freiheitskonzept. Das ist purer, infantiler Individualismus. Wenn Minderheiten nicht sichtbar werden, muss man sich ja nicht mit ihnen beschäftigen. Freiheit ohne Empathie mag eine bequeme Twitter-Position darstellen. Im Alltag führt sie zu Barbarei. Ich bitte Sie daher, nochmals auf basale Menschenrechtsprinzipien zu achten, empathisch zu handeln und diesem Postulat zuzustimmen.*

**Ernst Danner (EVP):** *Es wird Sie nicht erstaunen, dass die EVP den Ablehnungsantrag zu diesem Postulat unterstützt hat. Vor ungefähr einem Jahr hatten wir dieses Thema bereits einmal. Als ich sagte, dass ich der Meinung bin, dass die Menschheit im Wesentlichen dual ist, Mann und Frau, hat mir Dr. David Garcia Nuñez (AL) gesagt, ich hätte ein Weltbild wie in der Zeit vor der kopernikanischen Wende. Ich habe dieses Weltbild immer noch. Die offensichtliche biologische und soziologische Realität ist doch weitgehend die Dualität. Ich hatte auch in dieser Debatte bereits gesagt, dass es Menschen gibt, die nicht in dieses Schema passen. Wir haben in einer Kreispartei ein intersexuelles Vorstandsmitglied. Aus meiner persönlichen Erfahrung liegt das echte Problem bei intersexuellen Menschen. Gerade diese haben irgendwann das Bedürfnis, in irgendeiner der Kategorien dazugehören. Auch dort gibt es solche, die das nicht haben. Als ich mit ihm sprach – er ist jetzt ein Mann – sagte er, er rege sich über die Transsexuellen auf, die das als reinen Lifestyle betrachten und nicht dieselben, sehr leidvollen Erfahrungen durchmachen mussten wie er. Das ist nicht die EVP-Meinung, sondern meine persönliche. Wenn man das befürwortet, werden wir ein Stück weit vom Zeitgeist durch das Unterholz gejagt, weil man auf diesen Zug aufsteigen muss. Es ist kein echtes Problem. Es schafft mehr Probleme und Verwirrung. Deshalb werden wir zu diesem Vorstoss Nein stimmen.*

**Hans Dellenbach (FDP):** *Die FDP wird dieses Postulat ebenfalls ablehnen. Nicht, weil wir Freude an Diskriminierung oder Ausgrenzung haben. Wir haben aber schon in der Kommission viel Zeit verbracht, für die gendergerechte Sprache eine Lösung zu finden. Es ist nicht so, dass wir jemanden ausgegrenzt hätten. Das Transgender Network war über die ganze Zeit indirekt dabei; sie gaben ihren Input. Allerdings haben sie mit den Juristen des Human Resources Management Zürich (HRZ) ebenfalls keine Lösung gefunden. Nach erfolglosem Versuch rangen wir uns dazu durch, die Vorlage in den Gemeinderat zu bringen. Das Postulat, das noch kommt, bringt nicht viel. Die Stadt kann*

*vieles nicht alleine entscheiden. Einige Vorgaben werden vom Bund gemacht: Vaterschaftsurlaub, Mutterschaftsurlaub sind nationale Begriffe, die wir in der Stadt nicht ändern können. Mich erinnert das etwas an Rechthaberei. Insgesamt ein Leerlauf.*

**Isabel Garcia (GLP):** *Die GLP wird sich bei diesem Postulat enthalten. Auch wir befürworten selbstverständlich Chancengerechtigkeit und Gleichbehandlung aller Lebensformen und Geschlechter. Für uns stellt sich aber die Frage, ob man mit diesem Postulat einen wesentlichen Schritt vorwärtskommt. Wir stellen nicht in Abrede, dass Sprache und Terminologie einen gewissen Einfluss auf die Diskussion der Chancengerechtigkeit haben. Allerdings sehen wir nicht dort den zentralen Hebel. Diesen sehen wir dort, wo der Stadtrat bereits verschiedentlich Aufträge des Gemeinderats entgegengenommen hat und was auch regelmässig in Berichten ausgewiesen wird: Dass bei der Bewerbung, der Einstellung und bei den Arbeitsbedingungen die Chancengleichheit unabhängig von Geschlecht und Lebensführung eingehalten wird. Dies wird zu einem grossen Teil bereits gut gemacht. Wir sehen keine dringende Notwendigkeit, in einer riesigen Übung das ganze Personalrecht zu überarbeiten, das doch einige Seiten umfasst. Die Schwierigkeiten und Hürden sind bereits in der Kommission deutlich geworden.*

**Vera Ziswiler (SP):** *Gewisse Voten möchte ich nicht kommentieren. Diese Diskussion erinnert mich an eine, die zum Thema «Süssspeise» immer wieder aufkommt. Auch dort geht es immer darum, dass an etwas festgehalten werden soll, das man bisher so gemacht hat. In der nicht betroffenen Mehrheit – zu der ich ebenfalls gehöre – ist man versucht zu sagen, das sei doch alles nicht so schlimm, man soll nicht so ein Drama machen. Wir hatten im Zusammenhang mit der vorher behandelten Weisung mit betroffenen Menschen zu tun. Diese sagen, dass sie wohl zwar mitgemeint seien, dass sie sich aber in dieser Terminologie nicht wiederfinden. Das sind zugegebenermassen wenig Leute. Ich finde aber trotzdem, es würde der Stadt Zürich gut anstehen, mit einem progressiven Vorschlag voranzugehen. Wenn man die Zeit investiert und eine gute Lösung findet, wird das bestimmt Nachahmerinnen und Nachahmer finden. Diese Arbeit muss jetzt geleistet werden. Es ist richtig, dass wir in der Kommission bereits erste Diskussionen hatten. Es lohnt sich aber, hier noch mehr Denkarbeit zu investieren, damit die Stadt Zürich möglichst viele Leute und Realitäten in der Terminologie des Personalrechts abbilden kann.*

**Luca Maggi (Grüne):** *Die Grünen stimmen diesem Postulat zu. Inhaltlich wurde von Vera Ziswiler (SP) und Dr. David Garcia Nuñez (AL) bereits alles gesagt. Ich möchte noch etwas zum Votum, dass in der Kommission Zeit verbraten worden sei, ergänzen. Das stimmt so nicht. Es ist richtig, dass es uns im Rahmen der Debatte zu dieser Weisung nicht möglich war, eine Lösung zu finden. Es ist klar, dass wir auf unterster Stufe des Rechtssystems keine neue Terminologie einführen und neue Begriffe schaffen können, die einer juristischen Auslegung bedürfen. Aber es zeugt vom Sachverständnis, dass die Kommission gesagt hat, dass dies im Rahmen dieser Weisung nicht möglich ist. Aber seitens der Verwaltung war grosser Goodwill und grosses Verständnis für dieses Anliegen zu spüren. Wir sollten es nach dieser Weisung nicht einfach wieder auf die*

Seite legen und vergessen. Es ist gut, dass wir mit der Weisung vorwärts machen. Aber für die Debatte, für die auch rechtliche Auslegungen und Prüfungen nötig sind, wollen wir uns mehr Zeit nehmen – und diese nehmen wir uns mit dem Postulat.

**Samuel Balsiger (SVP):** Wie Stefan Urech (SVP) gesagt hat, wissen Sie ja selbst nicht, wie Sie die Begriffe verwenden wollen. Ich schaute nach, wie die linke Seite des Rats Vorstösse schreiben. Da wird beispielsweise von Geflüchteten gesprochen. Wie würden Sie denn dieses Wort schreiben, damit darin jede einzelne Abstufung und auch Transflüchtende inbegriffen werden? Sie können das ja selbst nicht. Ich erhoffe mir, dass nach der Debatte im Gemeinderat die nächsten Vorstösse von SP oder AL so geschrieben sind, dass die Ideologie, die Sie von der Stadt Zürich fordern, zum Ausdruck kommt. Wir sagen Ihnen, das ist nicht umsetzbar und es besteht keine Notwendigkeit. Sie sprechen von Inklusion, meinen aber eigentlich Ideologie. Sie wollen keine Inklusion. Der Sprecher der AL sprach von Barbarei und zeichnete düster Bilder der SVP und der Stadt Zürich. Wenn Sie Inklusion meinen, können Sie nicht von politischen Gegnern oder der Stadt Zürich als Barbaren sprechen.

**Dr. David Garcia Nuñez (AL):** Ich repliziere zuerst auf Ernst Danner (EVP) und die kopernikanische Wende. Es ist so, dass sich die Wissenschaft entwickelt – auch in diesem Bereich. Sie verweisen immer wieder auf die Geschlechterdualität in der Biologie – es gibt aber auch in der Biologie mehr als zwei Geschlechter. Sie müssten mal mit einem Biologen über Clownfische oder Reptilien sprechen und über intergeschlechtliche Menschen. Die Biologie – wenn es diese überhaupt gibt ohne Kulturbegriff – denkt nicht in Kategorien, sondern in Dimensionen. Zum Votum von Samuel Balsiger (SVP): Das Wort Geflüchtete muss eben nicht «gegendert» werden, das ist ja genau der Punkt. Weder TGNS noch die Person, die hier spricht, ist der Meinung, dass diese Welt in Farben eingeteilt werden muss. Es gibt gute Begriffe, die verwendet werden können, mit denen man dieses Problem elegant umgehen kann. Dafür können Sie linguistische Vorlesungen besuchen. Ich möchte Sie nochmals daran erinnern, dass es hier um Minderheiten geht. Wie Sie wissen, wird im Büro des Gemeinderats im Moment die Geschäftsordnung besprochen. Die Mehrheit dieses Parlaments gehört der SP-Fraktion an. Was würden Sie sagen, wenn wir in der Geschäftsordnung statt von Ratsmitgliedern von SP-Mitgliedern sprechen würden, einfach, weil dies der Mehrheit entspricht. Wir von der AL würden uns wehren und Sie würden sich ebenfalls wehren. Minderheiten sollen, wie es im Gleichstellungsplan steht, sichtbar gemacht werden. Wir sind dankbar über die Farbenvielfalt und, dass es nicht nur rosa und blau gibt.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

**STR Daniel Leupi:** Das Postulat ist ein Prüfauftrag. Wir nehmen das entgegen. Die Lösung ist mir noch nicht klar. Luca Maggi (Grüne) hat es bereits erwähnt: Es ist schwierig, von unten eine Nomenklatur zu definieren. Aber wir werden es prüfen. Ich möchte ebenfalls darauf aufmerksam machen – da bin ich ehrlich zu Ihnen – dass es bei uns nicht zuoberst auf der Prioritätenliste steht. Das Rechtsteam des HRZ ist am Anschlag und



6 / 6

*dieses Geschäft wird nicht als erstes wieder auf ihren Tischen landen. Wir werden die zwei Jahre benötigen. Aber wir werden das Anliegen prüfen und schauen, was für einen Vorschlag wir Ihnen für die Umsetzung machen können.*

Das Postulat wird mit 66 gegen 37 Stimmen (bei 12 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat